

Hier und Heute

[03.12.2010]

Weg frei für Begleitplattform zur sozial-beruflichen Eingliederung in der DG

»Um Jobcoach gestritten«

Von Christian Schmitz

2007 bereits lagen die ersten Vorschläge auf dem Tisch - dreieinhalb Jahre später kann nun endlich Vollzug gemeldet werden: Die Rede ist von der Begleitplattform zur sozial-beruflichen Eingliederung, deren Aufbau in dieser Woche beschlossen wurde. Integraler Bestandteil des Konzeptes ist der neue Jobcoach des Arbeitsamtes der DG.



Unterschrift für das Abkommen über die neue Begleitplattform: Partner sind die Regierung der DG, das Arbeitsamt, die ÖSHZ und die Dienststelle für Personen mit Behinderung.

 Größeres Bild

Partner für das entsprechende Abkommen, das am Montag im Europasaal des Ministeriums in Eupen unterzeichnet wurde und über drei Jahre läuft, sind die DG-Regierung, das Arbeitsamt der DG, die Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) der neun deutschsprachigen Gemeinden und schließlich die Dienststelle für Personen mit Behinderung (DPB). Zu den Zielen gehört die dauerhafte Beschäftigung von schwer vermittelbaren Personen, die sehr weit vom ersten Arbeitsmarkt entfernt sind. Sehr oft handelt es sich um Menschen, die vom ÖSHZ eine Sozialhilfe in Form einer Beschäftigung erhalten (siehe Stichwort). Aber auch Behinderte sollen in den Genuss der Unterstützung kommen, weshalb die Dienststelle mit ins Boot genommen wurde.

Keine Drehtüreffekte

»Es geht darum, dass verschiedene Behörden, die den gleichen gesetzlichen Auftrag haben - nämlich Personen in Arbeit zu vermitteln - in Zukunft noch besser zusammenarbeiten werden als bisher. So werden Drehtüreffekte vermieden«, brachte es Robert Nelles, der geschäftsführende Direktor des Arbeitsamtes, auf den Punkt. Nun könnten ohne viel Papierkram und Bürokratie Wissen und Infos ausgetauscht werden. Das Zielpublikum der Partner sei zwar oft unterschiedlich, aber es gebe gemeinsame Schnittstellen.

DPB-Direktor Helmut Heinen sprach vom »wichtigen Neubeginn für eine kohärente und inklusive Beschäftigungspolitik«, und die neue Plattform sei auch die Gelegenheit, gemeinsam über neue Qualitätsstandards nachzudenken.

»Die Begleitplattform soll als Brücke für die beruflichen Integrationsmaßnahmen dienen, damit ein Teil unserer Kundschaft in den geschützten Arbeitsmarkt integriert wird«, sagte Karl-Joseph Ortmann, Präsident des Eupener ÖSHZ. Nach dem befristeten Arbeitsverhältnis mit einem

Sozialhilfezentrum seien sie auf diese Weise nicht auf sich allein gestellt. »Denn die Leute sind noch nicht fähig, für sich selbst zu sorgen, wenn sie uns verlassen.«

Hauptbedingung für die ÖSHZ, dem Abkommen beizutreten, sei die Einstellung eines Jobcoaches durch das Arbeitsamt gewesen: »Denn er hat die Aufgabe, unsere Leute zu übernehmen und soweit zu begleiten, dass sie für den ersten Arbeitsmarkt fit werden«, so Ortmann. Deshalb sei der Jobcoach ein integraler Bestandteil des nun ausgearbeiteten Konzeptes.

Doch warum haben sich die Verhandlungen über drei Jahre in die Länge gezogen? »Weil unter anderem auch um diesen Jobcoach gestritten worden ist«, erklärte Ortmann. »Alle Beteiligten mussten über ihren Schatten springen«, meinte Robert Nelles. »Jeder Partner hat seine eigene Gesetzgebung und Organisation. Bevor man austauscht, müssen in den konkreten Fällen viele Hindernisse und Hürden ausgeräumt werden, seien sie psychologischer oder juristischer Art. Das braucht Zeit, aber ich denke, ein erster Schritt ist gemacht.«

Hauptansprechpartner

Zufrieden waren nach der langen Vorlaufzeit auch die beiden zuständigen Mitglieder der Regierung, Beschäftigungsminister Oliver Paasch und Sozialminister Harald Mollers (beide ProDG). Paasch betonte die besondere Bedeutung eines Hauptansprechpartners für jeden Kunden. »Schwer vermittelbare Erwerbslose, die bislang von zwei oder drei Partnerorganisationen beraten wurden, haben künftig nur noch einen Betreuer für die sozial-berufliche Eingliederung«, so Paasch.

Das Prinzip der Inklusion sei in seinem Zuständigkeitsbereich vor allem im Behindertenbereich von großer Bedeutung, »aber das Thema Sozialgerechtigkeit geht natürlich weit über die Behindertenpolitik hinaus«, erklärte Mollers. Die Betroffenen wolle man nicht vergessen, sondern in die Lösungsfindung einbeziehen. Der Minister versuchte auch, eine weitere Befürchtung zu entkräften: »Menschen mit Behinderung werden bei der Begleitplattform ebenfalls mit einbezogen. Wir vergessen Menschen mit Behinderung und ihr Recht auf Arbeit sowie gesellschaftliche Teilhabe mit Sicherheit nicht.«